



Beschlüsse

des außerordentlichen
Landesparteitag
der SPD Baden-Württemberg
in Wiesloch

29. März 2014

Inhalt:

Rechtsextremismusbekämpfung	Seite 3
Kommunalpolitik	Seite 14
Innen und Recht	Seite 20
Bildung	Seite 22
Arbeit und Soziales	Seite 23
Mitglieder der Antragskommission	Seite 24
Impressum	Seite 24

Rechtsextremismusbekämpfung

Antragsbereich Re/ Antrag 1

Kennnummer 3152

Juso-Landesverband Baden-Württemberg
Landesvorstand

Baden-Württemberg für Toleranz und Menschlichkeit - Gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Seit 150 Jahren setzt sich die SPD für eine demokratische und tolerante Gesellschaft ein. Wir standen immer und stehen auch heute für eine Gesellschaft, die geprägt ist von den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unter schwersten Bedingungen haben SozialdemokratInnen für eine Gesellschaft gekämpft, in der jeder Mensch dieselbe Würde hat. In der jedeR seine Persönlichkeit frei entfalten kann. Für eine Gesellschaft, in der sich Menschen aufeinander verlassen können. In der niemand aufgrund seines Geschlechts, seiner Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat oder Herkunft, seiner religiösen oder politischen Anschauungen und sexuellen Orientierung benachteiligt werden darf. Seit jeher hat sich die SPD für diese Werte stark gemacht.

Rechtsextreme versuchen, diese demokratische und tolerante Gesellschaft zu zerstören. Die Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds haben uns schmerzlich vor Augen geführt, dass Rechtsextremismus in Deutschland noch immer ein großes Problem ist. Rassismus, Hass und Menschenfeindlichkeit treten wir als SozialdemokratInnen entschlossen entgegen.

Hierfür bedarf es eines abgestimmten Handlungskonzeptes jenseits der Grenzen aller demokratischen Parteien, gemeinsam zwischen Kommunen, dem Land und zivilgesellschaftlichen Partnern in Form eines "Landesprogramms Baden-Württemberg: Gemeinsam gegen Rechtsextremismus". Nur geschlossen kann Rechtsextremismus zurückgedrängt werden. Rechtsextremismus ist kein Randproblem. Unter Rechtsextremismus verstehen wir rassistische, antisemitische, fremdenfeindliche, nationalistische, sexistische, antidemokratische, geschichtsrevisionsistische, sozialdarwinistische und autoritär orientierte Einstellungen, die wir als tolerante und weltoffene Gesellschaft nicht akzeptieren können. Grundlegend für diese Einstellung ist die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, deren Zentraler Aspekt die konstruierte Ungleichwertigkeit von Gruppen ist und die sich dadurch äußert, dass Menschen aufgrund von Stereotypen oder der Zugehörigkeit zu einer sozial "schwachen" Gruppe diskriminiert werden.

Auch mitten in der Gesellschaft sind diese weit verbreitet. Fremdenfeindlichkeit wird oftmals ohne Widerworte hingenommen, Stammtischparolen nicht widersprochen. Rechtsextreme versuchen bereits Kinder und Jugendliche von ihrer rassistischen Ideologie zu überzeugen. Wir brauchen eine Stärkung der Prävention, die Jeden und Jede ernst nimmt. Kommunale Initiativen und Vereine leisten eine unersetzliche Arbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus, werden jedoch noch nicht ausreichend in ihrer Arbeit unterstützt. Daher brauchen wir ein landesweites Handlungskonzept im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Für Baden-Württemberg geht das Landesamt für Verfassungsschutz im Verfassungsschutzbericht 2012 von rund 1.900 aktiven RechtsextremistInnen aus, die in rechtsextremen nationalistischen Parteien und sogenannten freien Kameradschaften organisiert sind. Aus dem Parteienspektrum sind neben der NPD, die in Baden-Württemberg in über 13 Kreisverbände organisiert ist, inzwischen auch die Partei "Der III. Weg", deren Gründung im September in Heidelberg erfolgte, und die Partei "Die Rechte" anzuführen, die seit August 2013 mit einem Landesverband in Baden-Württemberg vertreten ist, aktiv.

Der größere Teil der Neonazis ist jedoch in der Kameradschaftsszene aktiv. Dies gilt insbesondere für die Autonomen Nationalisten, die bei Demonstrationen als "Schwarzer Block" der Rechten auftreten, sich in ihrem äußeren Erscheinungsbild kaum von Linksautonomen unterscheiden und sich gezielt auch bei anderen Subkulturen, z.B. der Hardcore-, Metal- und Punkszene bedienen. Laut Verfassungsschutzbericht sind sie es auch, die für das in den letzten beiden Jahren vermehrte Demonstrationsaufkommen in Baden-Württemberg verantwortlich sind.

Bei den rechtsextrem motivierten Straftaten registrierte das LKA Baden-Württemberg 2012 einen Anstieg um 11 Prozent, die Anzahl an Gewaltdelikten stieg von 35 auf 40 Prozent, wobei die Dunkelziffer weit höher liegen dürfte. Hochburgen rechter Kriminalität waren Stuttgart, Mannheim, Pforzheim und Göppingen.

Dem Staat kommt die Aufgabe zu, deutlich zu machen, dass Rechtsextremismus und menschenverachtende Einstellungen nicht toleriert werden. Bereits im Koalitionsvertrag zwischen den Grünen und der SPD wurde die Notwendigkeit von neuen Gegenstrategien für den Kampf gegen Rechtsextremismus vereinbart, vor allem im Bereich der Prävention sowie der Stärkung der Unterstützung von kommunalen Initiativen. Diesen Weg wollen wir konsequent mit dem "Landesprogramm Baden-Württemberg: Gemeinsam gegen Rechtsextremismus" fortsetzen. Nur mit einem einheitlichen Vorgehen zwischen staatlichen und zivilen Organisationen, Bund, Ländern und Kommunen kann der Kampf gegen Rechtsextremismus erfolgreich geführt werden.

Das Landesprogramm muss aus verschiedenen Bausteinen bestehen. Die Prävention gegen Rechtsextremismus muss auf verschiedenen Ebenen gestärkt werden. Wir brauchen eine Qualifizierung und Vernetzung verschiedener Aktivitäten im Kampf gegen Rechtsextremismus. Ebenso muss der Staat weitere Maßnahmen ergreifen, um die rechtsextreme Szene zu schwächen.

Das Problem an der Wurzel packen - Prävention fördern

Die Studie "Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012" der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt, dass rechtsextreme Einstellungen kein Randproblem sind, sondern in Deutschland weit verbreitet sind. Das gilt vor allem für das Merkmal der Ausländerfeindlichkeit. 25% der Befragten stimmen ausländerfeindlichen Aussagen zu. Die Studie legt dar, dass rechtsextreme Einstellungen in allen Teilen der Gesellschaft anzutreffen sind. „Bildung erweist sich als ein Schutzfaktor vor der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen. Die Mitte Studie zeigt aber auch, dass Bildung nicht das entscheidende Merkmal für rechtsextreme Handlungen ist. Viel mehr müssen wir darauf hinarbeiten sozial abgehängte Menschen in unsere Gesellschaft zu (re-)integrieren. Eine nachhaltige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist Grundlage für eine erfolgreiche Prävention gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.“

Präventionsansätze in der Schule

Die Schule kann auf vielen verschiedenen Ebenen Präventionsarbeit gegen rechtes Gedankengut leisten.

Grundlage dieser Arbeit ist das Bildungskonzept, das sich an Werten wie Toleranz, den Menschenrechten und Vielfalt orientiert und zum Ziel haben sollte, eine demokratische, partizipative und motivierende Lern- und Schulkultur zu entfalten.

In der Schule werden viele soziale und emotionale Kompetenzen vermittelt. Diese dienen als Schutzfaktor gegen rechtsextreme Einstellungen. Programme wie Klasse 2000 unterstützen die Erarbeitung der Kompetenzen im schulischen Setting. Hier wird der Umgang mit Gefühlen und Stress, aber auch Strategien zur Problem- und Konfliktlösung behandelt. Neben gesonderten Programmen darf die Fokussierung auf die Entwicklung von sozialen und emotionalen Kompetenzen auch im Schulalltag nicht vernachlässigt werden.

Zudem reicht es nicht, im Bildungsplan lediglich den historischen Nationalsozialismus zu thematisieren, darüber hinaus müssen auch aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus verpflichtend behandelt werden. Deshalb fordern wir das Themenfeld "Rechtsextremismus und Möglichkeiten seiner Bekämpfung" als explizites Thema im Bildungsplan im Rahmen des Faches Gemeinschaftskunde aufzunehmen. Nur so können auch Jugendliche und SchülerInnen für diese Formen sensibilisiert und vorgewarnt werden.

Ausprägungen des Rechtsextremismus müssen verpflichtend in der Ausbildung von PädagogInnen thematisiert werden. Hier stehen die Selbstreflexion und die Entwicklung der persönlichen Einstellung im Mittelpunkt. Darüber hinaus ist die Vermittlung von Wissen unabdingbar. Denn nur mit dem nötigen Hintergrundwissen können die Anzeichen für ein schleichendes Abgleiten in rechtes Gedankengut möglichst frühzeitig erkannt werden. Oftmals zeigen sich diese anhand der Wahl des Kleidungsstils, rechtsorientierten Äußerungen im Unterricht oder einschlägiger rechter Symbolik in den Schulheften. LehrerInnen müssen vertraut sein mit Symbolik, Codes und Kleidung der rechten Szene. Neben der Identifikation von Personen mit rechtem Gedankengut ist auch der Umgang mit diesen Personen durch Argumentations- und Handlungstraining zu schulen. Notwendig sind hierfür umfassende und stetige Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Eine Zusammenarbeit zwischen Schulen mit Beratungsstellen für Opfer und Zeugen des Rechtsextremismus muss von der Landesregierung unterstützt und vorangetrieben werden. Damit soll

neben der Aufklärungsarbeit für SchülerInnen ein Kontaktpunkt zu Beratungsstellen geschaffen werden, um über eigene Erfahrungen zu informieren und gegebenenfalls gemeinsam wirksame Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Durch den Ausbau der Ganztageschulen in Baden-Württemberg ergeben sich für die Präventionsarbeit neue Möglichkeiten. Kooperationen zwischen Schule und außerschulischen Partnern müssen intensiviert werden. Auch eine Einbindung von Projekten der außerschulischen Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus kann in Ganztageschulen verstärkt gelingen.

Wenn Rechtsextreme auf dem Schulgelände beginnen, rechtes Propagandamaterial (z.B. Flugblätter, Schulhof-CDs, Aufkleber, Plakate) zu verteilen oder anzubringen, müssen die rechtlichen Möglichkeiten durch die Aufsichtspersonen ausgeschöpft werden (Ausübung des Hausrechts). Gleichzeitig hilft ein Verbot allein aber nur wenig. Die SchülerInnen können und müssen aktiv mit einbezogen werden, z.B. durch Diskussion der Verteilaktionen im Unterricht, das gemeinsame Entfernen des Propagandamaterials und das Aufstellen von "braunen Tonnen" auf dem Schulgelände.

Seit 1995 gibt es das Schulnetzwerk "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage", mit dem Schulen ausgezeichnet werden, in denen sich SchülerInnen, LehrerInnen und Angestellte selbst verpflichten, gegen jede Form von Diskriminierung vorzugehen und damit ihren Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen. Bundesweit gehören diesem Netzwerk inzwischen 1.250 Schulen an. In Baden-Württemberg ist der Titel aktuell an knapp 100 Schulen verliehen worden. Wir fordern eine dauerhafte finanzielle Unterstützung für Projekte solcher Art zu gewährleisten.

Frauen nicht aus dem Blick lassen

Im Bereich der Prävention ist zudem eine erhöhte Aufmerksamkeit für junge Frauen notwendig. Bereits im Alter von 11 bis 13 Jahren werden Mädchen im rechten Spektrum sozialisiert. Mädchen und junge Frauen können somit sowohl Opfer als auch Täterinnen sein. Dies wird jedoch oft nicht erkannt, da Mädchen und Frauen nicht als anfällig für rechtsextremes Gedankengut gelten. Rechte Positionen, die sich im Laufe der Zeit entwickeln, werden oft nicht hinreichend ernst genommen. Fachkräften im pädagogischen Bereich, aber auch die Polizei und die Justiz müssen deshalb für Frauen mit rechtsextremem Gedankengut sensibilisiert werden. Fort- und Weiterbildungen können hierfür der richtige Weg sein, um auf die frühzeitige Erkennung und Hilfe für Mädchen und Frauen mit rechtsextremer Einstellung aufmerksam zu machen. Frauen wirken verstärkt im sozialen Umfeld der Gesellschaft. In Elternbeiräten, der Nachbarschaftshilfe und mehr. Auch hier muss der Blick schärfer werden.

“Team meX” auf neue Beine stellen

Im Bereich der Prävention gibt es heute schon verschiedene bestehende Projekte. Das Projekt “Team meX - Mit Zivilcourage gegen Extremismus”, das in Kooperation zwischen der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) und dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) organisiert wird, hat zur Aufgabe, über extremes Gedankengut (sowohl Rechtsextremismus als auch islamischer Extremismus) aufzuklären. Teams, die sich sowohl aus MitarbeiterInnen der LpB wie auch dem LfV zusammensetzen, werden gebildet, um politische Bildungsarbeit in der Schule und im außerschulischen Bereich zu leisten. Politische Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche muss aus unserer Sicht von hierfür besonders qualifizierten MitarbeiterInnen erfolgen. Wir halten es nicht für zielführend, dass sich das Landesamt für Verfassungsschutz aktiv in politische Bildungsarbeit einmischt. Deshalb fordern wir, dass sich das Projekt künftig hauptsächlich mit Rechtsextremismus auseinandersetzt und nur noch von der Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt wird.

Den Rechten in der Kinder- und Jugendarbeit nicht das Feld überlassen

Oftmals wird der Spaßfaktor als ausschlaggebender Grund für die Vernetzung mit rechtsorientierten Menschen angeführt. Gemeinsame Besuche von Konzerten, Partys und Freizeitaktivitäten vermitteln ein Gemeinschaftsgefühl, das manchen Jugendlichen fehlt. Politische Motive sind beim Einstieg in die rechte Szene nachrangig. In den letzten Jahren wurden oftmals Freizeitprogramme und -angebote von Kommunen, Vereinen und anderen Akteuren aus der Zivilgesellschaft gekürzt, wodurch Rechtsextremen die Möglichkeit gegeben wurde, mit eigenen Angeboten einen niedrighschwelligsten Einstieg in die rechte Szene zu ermöglichen. Deshalb müssen flächendeckend Freizeitangebote und Jugendtreffs auch weiterhin für Kinder und Jugendliche aufrecht erhalten und gegebenenfalls ausgebaut werden, um Rechtsextremen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit nicht das Feld zu überlassen. Auch in Vereinen muss Rechtsextremismus thematisiert werden, diese müssen in ihrer Arbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus Unterstützung erhalten.

Zudem müssen in Jugendeinrichtungen Kenntnisse über den Umgang mit der rechten Szene bestehen, der souveräne Umgang mit rechtsextremen Vorfällen muss bekannt sein, angewendet wie auch vermittelt werden. Aus diesem Grund müssen die Aspekte des Rechtsextremismus und der richtige Umgang hiermit ausführlich in der Ausbildung bzw. dem Studium thematisiert werden. Stetige Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für alle Hauptamtlichen, die im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, klären vor neuen Entwicklungen in der rechten Szene auf und sind somit ein ebenso wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit im Kinder- und Jugendbereich.

Erwachsenenbildung nutzen

Nicht nur für Kinder und Jugendliche ist Prävention und Aufklärung über Rechtsextremismus wichtig. Auch in der Erwachsenenbildung muss das Thema behandelt werden. In Volkshochschulen sollen aus dem Grund verstärkt politische Themen behandelt und angeboten werden, insbesondere zum Thema des Rechtsextremismus. So können wir eine dringend notwendige Aufklärung der Zivilgesellschaft erreichen.

Auch in Studiengängen im außerschulischen pädagogischen Bereich muss das Thema verstärkt in den Fokus gerückt werde.

Neuausrichtung der Gedenkstättenarbeit – Geschichte als Instrument der Demokratieerziehung und Präventionsarbeit begreifen

In Baden-Württemberg gibt es 85 Gedenkstätten und museale Erinnerungsorte, die überwiegend an die Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung von Menschen während des NS-Regimes erinnern, aber auch an Widerstand und Verweigerung. Der baden-württembergische Landtag hat die Landeszentrale für politische Bildung mit der Förderung der Gedenkstätten beauftragt. Gemeinsam mit der Landesgemeinschaft für Gedenkstätten und der Gedenkstätteninitiative lehren sie, insbesondere den vielen jungen Besuchergruppen, einen bewussten Umgang mit der Geschichte und leisten einen wichtigen Beitrag zur Demokratieerziehung. Die Gedenkstätten tragen aber auch wesentlich zur geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung bei. Mit ihren Ausstellungen, Veranstaltungen, Publikationen sowie gezielten Bildungsarbeiten leisten die Gedenkstätten einen wichtigen Beitrag zur historisch-politischen Bildung. Zunehmend bezieht die Arbeit der Gedenkstätten auch aktuelle politische Fragestellungen mit ein. Die Entwicklung zu Lernstätten für Demokratie begrüßen wir ausdrücklich. Wir wollen, dass dieser Weg weiter fortgesetzt wird und in der Gedenkstättenarbeit der Bezug zu aktuellen Problemen und Herausforderungen ein noch größerer Raum eingeräumt wird. Themen wie Demokratieerziehung und Rechtsextremismusprävention müssen in den Angeboten, gerade auch für Jugendliche und Schulklassen, eine noch größere Rolle spielen. Wir setzen uns für eine Neuausrichtung der baden-württembergischen Geschichtspolitik ein, in der Geschichte als Instrument der Demokratieerziehung und Ort für Präventionsarbeit verstanden wird. An diesem Gedanken soll auch die Gedenkstättenarbeit zukünftig verstärkt ausgerichtet sein. Es muss sichergestellt werden, dass Gedenkstätten im Sinne außerschulischer Lernorte sich über ganz Baden-Württemberg verteilen, so dass es Schulklassen aus jeder Region Baden-Württembergs möglich ist, diese gut zu erreichen.

Präventionsarbeit durch das Land würdigen

Das Land muss die unterschiedlichen Ansätze verschiedener Akteure in der Prävention gegen Rechtsextremismus stärker würdigen. Hierfür soll die Landesregierung jährlich einen Preis an Menschen oder Gruppierungen vergeben, die sich in besonderem Maße gegen die Gefahr von Rechtsaußen engagieren.

Respekt auch in Betrieben und Unternehmen stärken

Auch in Betrieben und Unternehmen gibt es Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die "Respekt!"-Offensive der IG Metall und „Mach meinen Kumpel nicht an e.V.“ des DGB sind ein gelungenes Beispiel, wie Solidarität und Toleranz auch in den Betrieben gestärkt werden kann. Auszubildende, Beschäftigte und BetriebsrätInnen sollen dazu ermutigt werden, offensiv für diese Werte in ihren Unternehmen einzustehen und sich hierfür stark zu machen. Initiativen, die diese Werte in den Betrieben stärken, leisten einen sehr wichtigen Beitrag für eine tolerante Gesellschaft und müssen unterstützt werden.

Qualifizierung und Vernetzung im Mittelpunkt

Um erfolgreich gegen rechtes Gedankengut vorzugehen benötigen wir qualifizierte MitarbeiterInnen. Angebote müssen langfristig angelegt sein und ausreichend finanziell gefördert werden. Eine enge Vernetzung zwischen den verschiedenen Angeboten und den handelnden Akteuren muss das Ziel sein.

Beratungsangebote stärken

Uns ist die Beratung und Hilfe für Opfer, Betroffene und Zeugen von Rechtsextremismus, aber auch für Eltern, FreundInnen und LehrerInnen, die Mitglieder rechtsextremer Gruppierungen zum Ausstieg bewegen wollen, ein großes Anliegen. Die Beratungsstellen "kompetent vor Ort" der Jugendstiftung Baden-Württemberg und der LAGO* haben sich hier als gute Anlaufpunkte herausgestellt. Diese sind bisher in 21 Stadt- und Landkreisen vertreten, leider fehlen sie jedoch in vielen Schwerpunktregionen rechter Aktivitäten.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Land- und Stadtkreise beim Auf- und Ausbau von Beratungsangeboten zu unterstützen. Dabei sollten jedoch nicht einfach die Zuständigkeit der MitarbeiterInnen im sozialen Bereich um dieses Thema erweitert werden, vielmehr muss eine umfassende Qualifizierung beim Aufbau solcher Beratungsangebote im Mittelpunkt stehen. Die AnsprechpartnerInnen in den Beratungsstellen müssen in der Lage sein, konkrete bedarfs- und sachorientierte Hilfsleistungen zu gewährleisten und sich an den Bedürfnissen und individuellen Problemen der betroffenen Personen orientieren. Jeder Land- und Stadtkreis in Baden-Württemberg muss über ein solches Angebot verfügen.

Den Ausstieg aus der rechten Szene ermöglichen

Ausstiegswillige sind einerseits durch staatliche, andererseits durch zivilgesellschaftliche Projekte zu unterstützen.

Seit 2001 besteht die Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG Rex) des Landeskriminalamts Baden-Württemberg, die Mitglieder der rechtsextremen Szene gezielt anspricht, versucht, diese zum Ausstieg zu bewegen und sie anschließend aktiv beim Ausstieg begleitet. Mit Unterstützung durch BIG Rex gelang ca. 150 Personen der sogenannte Ausstieg aus der rechtsextremen Szene. 2.200 Personen wurden insgesamt angesprochen. Diese Arbeit gilt es fortzuführen und einer breiteren Öffentlichkeit außerhalb der rechten Szene bekannt zu machen. Nur so kann sichergestellt werden, dass bereits frühzeitig, eingegriffen werden kann und nicht erst ab dem ersten polizeilichen Bekanntwerden. Oftmals sind die BeraterInnen jedoch nicht ausreichend qualifiziert, aus diesem Grund muss eine umfassende Qualifizierungsoffensive erfolgen. Auch eine nachfolgende langfristige Betreuung der Ausgestiegenen muss gewährleistet sein.

Ausstiegsprogramme für Menschen mit rechtsextremer Vergangenheit konzentrieren sich überwiegend auf ehemals straffällig gewordene Jungen und Männer. Wir fordern ein dringend benötigtes Umdenken und einen geschlechtersensiblen Umgang sowie die Entwicklung von Konzepten, die die Ausstiegsprogramme auch für Frauen attraktiv machen. Mehr weibliche Ansprechpersonen senken die Hürden für Aussteigerinnen. Zudem fordern wir die Einführung eines Ausstiegsprogramms, das sich explizit an dem Ausstieg von Frauen aus der rechten Szene orientiert.

Da die Hemmschwelle, sich der Polizei anzuvertrauen, jedoch oftmals hoch ist und ihr aus der rechten Szene heraus gezielt entgegengewirkt wird, müssen auch zivilgesellschaftliche Initiativen weiter gefördert und ausgebaut werden.

Anfang 2013 stand die bundesweit aktive und größte Aussteigerhilfe EXIT vor dem finanziellen Aus. Im Falle von EXIT ist die Finanzierung über das Bundesfamilienministerium zwar inzwischen gesichert, jedoch muss die weitere Entwicklung derartiger Projekte im Auge behalten und bei Finanzierungsschwierigkeiten umgehend von Seiten des Staates eingegriffen werden.

Die Arbeitsbedingung der BeraterInnen sind oftmals schwierig, prekäre Beschäftigungsverhältnisse eher Regel als Ausnahme. Der Staat muss deshalb darauf hinwirken, dass die Arbeitsbedingungen verbessert sowie die Qualifizierung der MitarbeiterInnen vorangetrieben werden.

Kommunale Strategien und Initiativen gegen Rechts fördern

Wenn sich in Kommunen rechtsextreme Aktivzellen herausbilden, fürchten sich viele Städte vorrangig vor Gegenprotesten und Imageschäden anstatt sich den Rechtsextremen aktiv entgegenzustellen. Oftmals werden rechtsextreme Aktivitäten der Öffentlichkeit verschwiegen oder heruntergespielt, bis das Problem so offensichtlich ist, dass es sich nicht mehr leugnen lässt.

Gerade auf kommunaler Ebene gilt es, sich von Anfang an offensiv mit dem Problem Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Dabei dürfen lokale Bündnisse, Initiativen und Vereine nicht in die Rolle des "öffentlichen Nestbeschmutzers" oder ins linksextreme Eck gedrängt werden. Um ein koordiniertes Vorgehen gegen

Rechtsextremismus zu gewährleisten, muss vielmehr die Zivilgesellschaft über gerade diese Initiativen eingebunden werden.

Als Kooperationsmodell hat sich dabei in Städten wie Dortmund der "Runde Tisch gegen Rechtsextremismus" bewährt, an dem sich neben VertreterInnen der Stadtverwaltung, des Gemeinde-/Stadtrats und der Polizei auch zivilgesellschaftliche Initiativen und MigrantInnenorganisationen zusammenfinden, um sich über aktuelle Entwicklungen und die möglichen präventiven, straf- und ordnungsrechtlichen Möglichkeiten auszutauschen und gemeinsam handlungsfähig zu werden.

Die sogenannte Extremismusklausel, eine schriftliche Einverständniserklärung, die Initiativen und Verbände abgeben müssen, um sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und Sorge zu tragen, dass die PartnerInnen der Organisation sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes bekennen lehnen wir ab. Diese Klausel stellt Initiativen, die sich im Kampf gegen rechtes Gedankengut engagieren, unter den Generalverdacht das Grundgesetz zu missachten und behindert die Arbeit der Projekte. Aus dem Grund begrüßen wir, dass das sozialdemokratisch geführte Bundesfamilienministerium diese abgeschafft hat.

Auch in Baden-Württemberg müssen Finanzierungskonzepte erarbeitet werden, die eine langfristige Finanzierung von Initiativen und Vereinen sicherstellen.

Rolle der demokratischen Parteien und Wählervereinigungen in Kommunalparlamenten

In einigen Kommunalparlamenten in Baden-Württemberg sind Parteien und Wählervereinigungen, die rechtsextreme Interessen verfolgen, vertreten. Unser Ziel muss sein, dass alle demokratischen Parteien geschlossen gegen die rechtsextremen MandatsträgerInnen zusammenstehen. Rechtsextremen MandatsträgerInnen darf keine Bühne für ihre rassistischen und menschenfeindlichen Parolen geboten werden, zudem dürfen diese nicht unwidersprochen stehen bleiben. Es ist vielmehr von entscheidender Bedeutung, dass die demokratischen Parteien und Wählervereinigungen sich mit den rechtsextremen Aussagen auseinandersetzen und diese geschlossen widerlegen. Nur so kann Rechtsextremen in Kommunalparlamenten die Plattform entzogen werden.

Bundesländer wie Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern haben in diesem Bereich schon Erfahrungswerte gesammelt. Hier gilt es diese zu nutzen, sich zwischen den Bundesländern auszutauschen und zu vernetzen.

Die NPD verbieten

Die NPD verfolgt offensiv rassistische und demokratiefeindliche Ziele, die auf die Abschaffung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerichtet sind. Eine wehrhafte Demokratie kann dies nicht dulden, weshalb die NPD verboten werden muß. Deshalb unterstützen wir den auch auf Initiative der grün-roten baden-württembergischen Landesregierung eingereichten NPD-Verbotsantrag der Bundesländer. Die Bundesregierung fordern wir auf, den NPD-Verbotsantrag der Bundesländer zu unterstützen und diesem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht beizutreten.

Aufklärung in den Medien fördern

Auch den Medien kommt im Kampf gegen den Rechtsextremismus, Rassismus und Intoleranz eine entscheidende Rolle zu. Wir wollen daher, dass Medien, die über Rechtsextremismus aufklären, vom Land Baden-Württemberg stärker gefördert werden. Hierzu muss das Land ausreichend finanzielle Mittel bereitstellen, um die mediale Arbeit gegen Rechtsextremismus abzusichern. Dies soll z.B. durch ein themenbezogenes Recherchestipendium erfolgen.

Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle

Wir brauchen ein landesweites, flächendeckendes und langfristiges Netzwerk an Unterstützung für Vereinigungen, Initiativen, Projekten und Institutionen, die sich im Kampf gegen Rechtsextremismus stark machen. Bestehenden und neuen Projekten im Land soll es in Zukunft noch besser ermöglicht werden, hürdenfrei zu arbeiten, miteinander vernetzt zu werden und qualifizierte Unterstützung zu erfahren. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle, die Initiativen vor Ort aktiv unterstützt, Beratungen von Projekten, Initiativen und Institutionen gegen Rechtsextremismus berät und koordiniert. Die Dezentralität der Aktionen soll selbstverständlich auch weiterhin erhalten bleiben. Die Koordinierungsstelle soll in politisch unabhängiger Trägerschaft erfolgen.

Gerade neue Projekte müssen bei ihrer Gründung auf die Unterstützung der Koordinierungsstelle setzen können, wofür die Koordinierungsstelle einen Pool an ReferentInnen zur Verfügung stellt. Zudem soll diese Veranstaltungskonzepte erarbeiten, die von lokalen Gruppen angefragt werden können. Eine regelmäßige Berichterstattung der Kommunen an die Koordinierungsstelle muss ebenfalls erfolgen, um ein abgestimmtes Handlungskonzept zu ermöglichen.

Darüber hinaus soll die Koordinierungsstelle auch Kommunen, BürgermeisterInnen und LandrätInnen Hilfestellungen bieten, falls Rechtsextreme in den jeweiligen Ortschaften aktiv werden, Handlungskonzepte zu entwickeln. Auch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, insbesondere für KommunalpolitikerInnen, in denen auf die Gefahr durch Rechtsextremismus aufmerksam gemacht werden kann, sollen angeboten werden. Bestehende Angebote und Projekte werden so in eine gemeinsame, landesweite Strategie eingebunden, die die Vielfalt der Aktivitäten absichert und eine vernetzte Weiterentwicklung auf der Grundlage von vielfältigen Erfahrungen und Analysen befördert. Durch die Koordinierungsstelle wird somit endlich ein landesweites Handlungskonzept ermöglicht.

Der Staat am Zug

Reformen im Strafgesetzbuch

Hasskriminalität ist ein ernstzunehmendes Problem in Baden-Württemberg. Gewalttaten werden bei diesen Hassverbrechen nicht aus einer besonderen Beziehung zwischen TäterInnen und Opfern heraus begangen, vielmehr wird das Opfer als austauschbare/r RepräsentantIn einer bestimmten Gruppe herausgegriffen. Die Person wird also beispielsweise wegen deren politischer Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres gesellschaftlichen Status Opfer einer Straftat. Diese Motive der Hassverbrechen stellen einen erhöhten Unrechtsgehalt der Straftat dar. Es muss sichergestellt werden, dass dieser erhöhte Unrechtsgehalt auch in der Strafzumessung ausreichend berücksichtigt wird, um zu verdeutlichen, dass die Gesellschaft nicht bereit ist, solche Delikte zu tolerieren. Aus diesem Grund unterstützen wir die Gesetzesinitiative der Länder Saarland, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie die diesbezüglichen Schlussfolgerungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages.

Strafverfolgung und Jugendstrafvollzug

Wir brauchen eine Reform der Aus- und Weiterbildung in der Polizei bezüglich der Erkennung von rechtem Gedankengut bei TäterInnen, damit rechtsextrem motivierte Straftaten schon frühzeitig auf polizeilicher Ebene erkannt werden und an die zuständige Staatsanwaltschaft übergeben werden können. Nur so kann die rechtsextreme Szene von Straftaten abgeschreckt werden. Wir wollen die Sonderzuständigkeit innerhalb der Staatsanwaltschaft, welche Straftaten im rechtsextremistischen Untergrund bearbeitet, stärken. Auch hier ist auf eine entsprechende Qualifizierung der MitarbeiterInnen zu achten. Durch Sofortmaßnahmen können diese schnell reagieren, zudem kann eine Beschleunigung des Strafverfahrens erreicht werden.

Im Strafvollzug muss außerdem verhindert werden, dass sich rechtsextreme Gruppierungen innerhalb der Strafvollzugsanstalten bilden können. Dies muss zum einen konsequent unterbunden werden, zum anderen sind auch hier pädagogische Maßnahmen wie auch eine Stärkung des Demokratieverständnisses von besonderer Wichtigkeit.

Gerade jugendliche rechtsextreme StraftäterInnen dürfen nicht im Jugendstrafvollzug alleine gelassen werden, sondern brauchen Unterstützung. Der Jugendstrafvollzug kann die Möglichkeit eröffnen, die rechtsextreme Orientierung der Jugendlichen zu bekämpfen. Deshalb müssen auch im Jugendstrafvollzug Beratungs- und Ausstiegsprogramme angeboten werden, die freiwillig wahrgenommen werden können.

Kriminologische Erfassung

Dass die kriminologische Erfassung und Einordnung von rechtsextremen Straftaten noch immer mangelhaft ist, hat sich zuletzt bei der Aufklärung der NSU-Mordserie gezeigt. Doch nicht nur im Bereich schwerster Kriminalität werden Fehleinordnungen getroffen, sondern auch im Bereich der leichteren und mittleren Kriminalität gibt es Fehleinschätzungen, eine hohe Dunkelziffer und eine vergleichsweise geringe Aufklärungsquote. Nach wie vor werden rechtsextreme Körperverletzungsdelikte, obwohl die TäterInnen polizeibekannte Rechtsextreme sind, als "Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen" bagatellisiert und somit statistisch nicht als politisch motivierte Kriminalität erfasst.

Als politisch motiviert gelten einerseits klassische Staatsschutzdelikte wie z.B. Volksverhetzung, Hochverrat und die Bildung einer terroristischen Vereinigung, andererseits aber auch die sogenannte Hasskriminalität, also sonstige Straftaten, wenn sie sich "gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten". Näher definiert werden diese Motivationslagen aber nicht. Das führt dazu, dass die Einordnung der Motivation des Täters/ der Täterin letztlich den jeweils ermittelnden PolizeibeamtInnen überlassen bleibt, die selten spezialisiert sind. Dies erschwert die Erkennung der politischen Motivation und die korrekte Weitergabe des Sachverhaltes an den Staatsschutz. Zur Verbesserung der statistischen Erfassung rechtsextremer Straftaten fordern wir, die Richtlinien des Kriminalpolizeilichen Meldediensts so zu reformieren, dass sämtliche justiziellen Bewertungen, die eine Korrektur einer ursprünglichen polizeilichen Bewertungen notwendig machen, in das polizeiliche Meldewesen zurückfließen.

In diesem Zusammenhang fordern wir die Landesregierung und die Bundesregierung ebenfalls dazu auf, Statistiken über rechte Straftaten, insbesondere über Todesopfer rechtsextremer Gewalt, überprüfen und ggf. korrigieren. zu lassen.

Darüber hinaus existiert zwar ein bundesweiter polizeilicher Themenfeldkatalog, der allerdings als "Verschlussache" eingestuft und damit der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist.

Wir fordern daher eine (verbindliche) Verwaltungsvorschrift des Landesinnenministeriums mit objektiven Anknüpfungskriterien zu TäterInnen, Opfer, Tatort und Begehungsweise, die für Hasskriminalität typisch sind, wobei ab dem Vorliegen von mindestens zwei der Kriterien von einer rechts motivierten Straftat auszugehen ist.

Beratung für Opfer rechtsextremer Straftaten stärken

Bei rechtsextremen Delikten kommt es häufig nicht zur Anzeige. Die Opfer haben Angst, dass über das Akteneinsichtsrecht des Strafverteidigers/ der Strafverteidigerin ihre persönlichen Daten an die Rechtsextremen gelangen, was die persönliche Gefährdungslage des Opfers weiter verschlechtern könnte. Zur Begleitung und Beratung im Strafverfahren gibt es in anderen Bundesländern wie Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen Opferberatungsstellen, die auf die für den Bereich Rechtsextremismus typischen Gefahren, Probleme und Ängste spezialisiert sind. In Baden-Württemberg fehlen diese gänzlich. Die nächste Beratungsstelle befindet sich in Hessen. Die SPD Baden-Württemberg fordert daher die Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Straftaten in Baden-Württemberg.

Rechtsextreme Musikszene schwächen

Wichtig sind auch Maßnahmen gegen die rechtsextreme Musikszene. Die Musik und deren Liedtexte sind für die rechte Szene das wichtigste Propagandamedium, so transportiert sie ihr rechtsextremes Gedankengut. Hierbei spielen vor allem der Vertrieb sowie die Konzertaktivitäten eine große Rolle. Auch in Baden-Württemberg finden immer wieder Konzerte der rechtsextremen Szene statt. Polizeiliche Maßnahmen müssen in einem ersten Schritt der Erkenntnisgewinnung dienen, beispielsweise müssen die Aktivitäten der rechtsextremen Gruppierungen in der Musikszene im Vorfeld geprüft werden oder gegebenenfalls falsche Anmeldungen aufgeklärt werden. Zudem muss die Möglichkeit aktiv genutzt werden, Konzerte beim Verstoß gegen rechtliche Voraussetzungen aufzulösen. Maßnahmen gegen den Vertrieb können beispielsweise durch die Unterstützung behördlicher Gewerbeuntersuchungsverfahren erfolgen. Auch die Indizierung von Liedtexten kann hier verstärkt eingesetzt werden. Da eine Indizierung nur auf „Hinweis“ erfolgt und die Stellen nicht selbst aktiv werden, ist hier die Zuarbeit wichtig. Diese Mittel müssen aktiv genutzt werden.

Rechtsextreme Vereine

Rechtsextreme Vereine und Kameradschaften bieten Schutzraum und sind ein Sammelbecken für Menschen mit rechtsorientierter Gesinnung. Es gilt, diese Sammelbecken langfristig aufzubrechen und aufzulösen. Die konsequente Überwachung und Beobachtung macht diesen Gruppierungen deutlich, dass ihre Aktivitäten gesellschaftlich abgelehnt werden. Aus diesem Grund fordern wir die weitere Beobachtung von rechtsextremen Vereinigungen.

Die Überwachung allein ist aber nicht ausreichend. Wenn Vereine verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, müssen diese auch in Zukunft konsequent verboten werden und die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel beschlagnahmt werden. Nur so kann ihre verfassungsfeindliche Arbeit effektiv verhindert werden und die Möglichkeit genommen werden, neue Gleichgesinnte zu rekrutieren.

Im Zuge der Ermittlungen der NSU-Morde wurde festgestellt, dass PolizistInnen Mitglied eines Ablegers des Ku-Klux-Klan in Schwäbisch-Hall waren. Künftig muss daher eine gründliche Überprüfung der Einstellungen der BewerberInnen bei der Polizei stattfinden. Ebenso müssen Amtsausschlussverfahren im Falle einer Mitgliedschaft in rechtsextremen Gruppierungen erfolgen.

Wissenschaftliche Analyse und Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

Eine wichtige Aufgabe kommt abschließend der Erforschung und Analyse des Rechtsextremismus zu. Nur durch eine reflektierte akademische Auseinandersetzung können Entwicklungen und Tendenzen des Rechtsextremismus abgebildet werden und Handlungskonzepte gegen diesen entwickelt werden. Aus diesem Grund fordern wir, Studien und Projekte über den Rechtsextremismus ausreichend mit finanziellen Mitteln zu unterstützen und zu fördern.

Es finden sich bisher kaum Studien über Motive, Einstiege und Hintergründe von Frauen im rechtsextremen Spektrum. Auch im Verfassungsschutzbericht wird bisher nicht ausreichend auf eine Unterscheidung von rechtsextremen Frauen und Männer eingegangen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Studien sich künftig auch zentral mit dem Phänomen der Frauen in der rechten Szene, sowie mit deren Motiven, Antrieb und Aktivitäten auseinandersetzen.

Im Zuge der Umsetzung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus muss eine unabhängige wissenschaftliche Stelle geschaffen werden, die die Ergebnisse des Landesprogramms regelmäßig evaluiert und die rechte Szene in Baden-Württemberg wissenschaftlich beobachtet.

Darüber hinaus bedarf es einer wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzung mit der Extremismustheorie und insbesondere ihrer weiteren Verwendung auf staatlicher Ebene, in Justiz und Strafverfolgung. Dies sollte auf universitärer Ebene im Rahmen eines wissenschaftlichen Arbeitskreises geschehen und gefördert werden. Es besteht Handlungsbedarf, da die Extremismustheorie Rechts- und Linksextremismus konstruiert, in der Entstehung gleichsetzt und am Rande einer demokratischen Gesellschaft platziert. Diese Logik übersieht jedoch, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und damit Antisemitismus, Islamophobie und Rassismus nicht nur Randphänomene der Gesellschaft sind, sondern auch in der so genannten bürgerlichen Mitte auftreten.

*LAGO: "Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg"-----

Antragsbereich Re/ Antrag 2

Kennnummer 3154

Kreisverband Biberach

Kampf gegen den Rechtsextremismus

Programme und Maßnahmen zu entwickeln, die sich der Bekämpfung rechtsextremer Ideologieelemente auch bei älteren Zielgruppen widmen, da mit dem Herauswachsen aus dem Adressatenkreis existierender Programme keineswegs die entsprechenden Ideen aus den Köpfen verschwinden, sondern teilweise sogar in neuen Berufs- und Familienrollen an kommende Generationen weitergegeben werden können.

Sich auf bundes- und europapolitischer Ebene dafür einzusetzen, die Situation von Sinti und Roma in Europa, insbesondere in den Heimatländern, nachhaltig zu verbessern.

Antragsbereich Re/ Antrag 3

Kennnummer 3155

Kreisverband Freudenstadt

Einrichtung eines Landespräventionsrates in Baden-Württemberg

Der Landesparteitag unterstützt die Überlegungen innerhalb der Landesregierung zur Einführung eines Landespräventionsrates zur zielgerichteten und nachhaltigen Koordinierung der verschiedenen Präventionsaktivitäten auf Landesebene. Er fordert die Landesregierung auf, diese weiter voranzutreiben.

Antragsbereich Re/ Antrag 6

Kennnummer 3317

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Fortführung der Aufklärung und Aufarbeitung der NSU-Verbindungen und rechtsextremen Hintergründe in und nach Baden-Württemberg

Durch die Aufdeckung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) im Jahr 2011 und der damit verbundenen Zuordnung von zehn Morden, mehreren versuchten Morden, zwei Sprengstoffanschlägen, 15 Raubüberfällen sowie einer Brandstiftung, wurde das Versagen der staatlichen Sicherheitsorgane in Deutschland offenbart. Dies führte zu einem erheblichen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat und seinen Institutionen. Aber auch Politik und Teile der Gesellschaft vermochten nicht zu erkennen, dass eine rechtsextreme Terrorgruppierung für die Morde an 9 Migranten und Migrantinnen, sowie an einer Polizistin verantwortlich war.

Mit dem Mord an der Polizeibeamtin Michelle Kiesewetter und dem versuchten Mord an ihrem Kollegen im Jahr 2007 und den damit verbundenen Untersuchungen wurde deutlich, dass die Verbindungen des NSU auch nach Baden-Württemberg reichten.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Bundestages, die ermittelnden Behörden der Bundes- und Landeskriminalämter, sowie weitere in diesem Zusammenhang erfolgte Ermittlungen haben gezeigt, dass sich sowohl die drei Mitglieder des NSU, Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos bereits zu einem früheren Zeitpunkt in Baden-Württemberg aufhielten, als auch weitere zahlreiche Hinweise darauf hindeuten, dass eine vernetzte rechtsextreme Szene in Baden-Württemberg existierte, die mit dem NSU in Verbindung stand. So war allein das Trio, oder Teile des Trios 30-mal zwischen den Jahren 1993 bis 2001 zu Besuch in Ludwigsburg. Des Weiteren konnte 52 Personen aus Baden-Württemberg der Kontakt zu Mitgliedern des NSU und dessen Umfeld nachgewiesen werden. Auf einer Liste des Trios in Zwickau (der sogenannten „10.000er-Liste“), die Namen und Adressen von Bundes- und Landespolitikern, politischen Parteien, Asylbewerberheimen, Waffengeschäften etc. beinhaltet, haben ca. 1000 Eintragungen einen Bezug nach Baden-Württemberg. Auch die „129er-Liste“, welche Namen von Beschuldigten und Zeugen des Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts (GBA) beinhaltet, weist Verbindungen nach Baden-Württemberg auf.

Dies zeigt, dass intensive Aufarbeitungen, Untersuchungen und Klärungen der Verbindungen des NSU nach Baden-Württemberg, so wie den rechtsextremen Strukturen im Land dringend notwendig sind. Ebenso ist es unablässig, Reformen im Bereich der Justiz, Strafverfolgung und den ermittelnden Behörden anzustoßen, um so Konsequenzen ziehen zu können, um zukünftiges Versagen bei der Verhinderung und Aufklärung rechtsextremer Straftaten zu verhindern.

Eine Reform des Verfassungsschutzes ist ebenso notwendig, wie eine bessere und umfassendere parlamentarische Kontrolle der Sicherheitsbehörden. Gleichzeitig muss eine gesellschaftliche Debatte und eine Auseinandersetzung angestoßen werden, um die Öffentlichkeit im Bereich des Rechtsextremismus zu sensibilisieren und frühzeitig aufzuklären um so der Verbreitung von rechtem Gedankengut entgegen wirken zu können.

Wir begrüßen daher die Anstrengungen des baden-württembergischen Innenministers Reinhold Gall und der SPD-Landtagsfraktion sowohl im Bereich der Aufklärung, als auch die angestoßenen Reformen der polizeilichen und geheimdienstlichen Strukturen im Land.

Gleichwohl konnte trotz all dieser Anstrengungen und Bemühungen das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und Behörden bisher nur sehr zögerlich

zurückgewonnen werden. Offene Fragen und Unklarheiten bleiben bestehen.

Parlamentarische Instrumente wie eine Enquetekommission oder ein Untersuchungsausschuss des Landtags in Baden-Württemberg könnte dieses verloren gegangene Vertrauen langfristig wiederherstellen und mit seinen umfassenden parlamentarischen Möglichkeiten eigene Bewertungen und Schlussfolgerungen ziehen.

Die SPD Baden-Württemberg spricht sich daher für die Einrichtung einer Enquetekommission im Landtag von Baden-Württemberg aus. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass durch die Arbeit dieser Enquetekommission sowie im Rahmen der Ermittlungen des Generalstaatsanwalts und des laufenden Verfahrens vor dem Oberlandesgericht München im weiteren Verlauf die Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschusses im Landtag von Baden-Württemberg notwendig sein könnte. Dies ist daher weiterhin zu prüfen.

In Anbetracht des laufenden Gerichtsverfahrens am Oberlandesgericht in München und den Ermittlungen des Generalstaatsanwalts wäre das aktuelle Handlungsfeld eines solchen Untersuchungsausschusses zum jetzigen Zeitpunkt jedoch begrenzt.

Die Enquetekommission soll neben dem Blick auf die Vergangenheit auch auf die zukünftige Verbesserung von Strukturen und Instrumenten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ausgerichtet sein. Die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission sollen entsprechend handlungsleitend für die Politik der Landesregierung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren sein.

Der Enquetekommission gehören neben den Abgeordneten des Landtags auch Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis im Bereich der Bekämpfung, Aufklärung und Prävention des Rechtsextremismus an. Das Expertenwissen der SPD-Landespartei soll hierbei miteinbezogen werden. Aufgabe der Enquetekommission ist es unter anderem, sich mit folgenden Fragen auseinanderzusetzen und dem Landtag, sowie der Öffentlichkeit daraus resultierend verbindliche Handlungsempfehlungen vorzulegen:

- Weshalb sind gerade in Baden-Württemberg die Verknüpfungen des NSU zur rechtsextremen Szene so umfassend gewesen?
- Warum ist diese Szene bei der behördlichen Überwachung durch Polizei und Verfassungsschutz in den Jahren 1998 - 2011 fast vollständig unbeleuchtet geblieben?
- Weshalb besteht gerade in Baden-Württemberg eine so aktive und eng vernetzte rechte Szene?
- Wie kann die Bekämpfung und Prävention des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg zukünftig verbessert und ggf. auch neu aufgestellt werden (siehe dazu auch: Antrag Jusos Baden-Württemberg und SPD-Landesvorstand „Baden-Württemberg für Toleranz und Menschlichkeit – Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“)
- Wie müssen Justiz- und Sicherheitsbehörden zukünftig verbessert und ggf. auch neu aufgestellt werden, um ein Versagen wie im Zusammenhang mit den Straften des NSU geschehen zu vermeiden? Hier gilt es auch der Frage nachzugehen, wie Sicherheitsbehörden gerade im Bereich des Rechtsextremismus sensibilisiert werden können.
- Wie kann die Öffentlichkeit für die Gefahren und den Umgang mit dem gesamten Themenkomplex des Rechtsextremismus sensibilisiert und weitergebildet werden?

Kommunalpolitik

Antragsbereich K/ **Antrag 1**

Kennnummer 3153

Landesvorstand

Leidenschaftlich für Land und Leute. Resolution der SPD Baden-Württemberg zur Kommunalpolitik

Präambel

Für viele Baden- Württemberger ist ihre Stadt oder Gemeinde mehr als ein Wohnort. Sie stiftet Identität und ist Heimat. Hier werden Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt gelernt und gelebt. Die kommunale Infrastruktur trägt wesentlich zur Verwirklichung von Teilhabe und Gerechtigkeit bei. Sie beginnt und wirkt im Alltag - beim öffentlichen Personennahverkehr, bei Betreuungsplätzen, bei bezahlbarem Wasser, bei der Versorgung mit Ärzten und Lebensmittelgeschäften, bei Sprachkursen oder Freizeitangeboten für Jugendliche.

Unser Baden-Württemberg steht gut da: Unsere Städte und Gemeinden bieten eine hohe Lebensqualität, und die Menschen fühlen sich wohl. Damit dies so bleibt, dürfen Städte und Gemeinden mit ihrer Verantwortung nicht alleine gelassen werden. In den Koalitionsverhandlungen mit CDU/ CSU auf Bundesebene konnte die SPD trotz einer schwierigen Ausgangslage wichtige kommunalpolitische Anliegen wie den Erhalt der Gewerbesteuer und die Rücknahme der Kürzungen bei der Städtebauförderung - oft gegen großen Widerstand der Union - durchsetzen. Auch die Bilanz der grün- roten Landesregierung und der Blick auf SPD- geführte Rathäuser im Land machen deutlich: Wo Sozialdemokratie eine führende Rolle spielt, können entscheidende Verbesserungen für die Menschen in den Städten und Gemeinden erreicht werden. Durch unsere Regierungsbeteiligung in Land und Bund haben wir in den nächsten Jahren die großartige Möglichkeit und zugleich den Auftrag, Hand in Hand für die Interessen der Kommunen einzutreten. Denn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten arbeiten leidenschaftlich für Land und Leute:

- Wir machen unser Baden-Württemberg zum Musterland für Gute Arbeit
- Wir sind die Partei für Familie
- Wir sorgen für Bildungsgerechtigkeit

Dabei setzen wir auf mehr Demokratie und Beteiligung und engagieren uns für eine Politik, die heute schon an morgen denkt.

Wir machen unser Baden-Württemberg zum Musterland für Gute Arbeit

Gute Arbeit ist das Rückgrat unseres Wohlstands. Dafür brauchen wir nicht zuletzt eine faire Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, mehr Investitionen in unsere Infrastruktur und eine vorausschauende Wirtschaftsförderung. Aber das kommt nicht von selbst:

- Wir sorgen dafür, dass die Kommunalfinanzen nachhaltig gesichert sind, damit die Kommunen für ihre Einwohner sorgen können und lebendig bleiben. Dafür haben wir in den Koalitionsverhandlungen im Bund den Erhalt der Gewerbesteuer und eine Reform der Grundsteuer durchgesetzt.
- Wir sorgen dafür, dass durch eine dynamische Wirtschaftsförderung vor Ort Unternehmensgründungen, Industrie, Handwerk und Mittelstand gestärkt werden. Damit werden Grundlagen für künftige Investitionen geschaffen.
- Wir sorgen dafür, dass durch die Reform des Übergangssystems gemeinsam mit Kammern, Gewerkschaften und Unternehmen Ausbildungsangebote geschaffen werden.

- Wir sorgen dafür, dass die Kommunen die Energiewende vor Ort gestalten können. Die SPD steht im Bund mit Sigmar Gabriel für das Gelingen der Energiewende. Den Ausbau der Erneuerbaren wollen wir, als Kommune oder auch mit bestehenden oder neuen Stadtwerken, ebenso voranbringen wie die Energieeffizienz und die Energieeinsparung. E- Fahrzeuge in kommunalen Fuhrparks sind dafür ein konkretes Beispiel.
Dabei wollen wir die Bürgerinnen und Bürger einbinden und mitnehmen – sowohl als Miteigentümer über Energiegenossenschaften als auch einen frühzeitigen Bürgerbeteiligungsprozess..
- Wir sorgen dafür, dass der Nahverkehr und der kommunale Straßenbau gestärkt werden. Im Koalitionsvertrag haben wir eine Erhöhung der Bundesmittel für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur um 5 Milliarden erreicht. Auch haben wir vereinbart, dass im Rahmen der geplanten Reform der Bund- Länder- Finanzbeziehungen eine Grundlage für die Fortsetzung der Gemeindeverkehrsfinanzierung geschaffen wird.
- Wir sorgen dafür, dass sich Kreative entfalten können und Unternehmen im ganzen Land hervorragende Standortbedingungen vorfinden. Ein Beispiel sind öffentliche WLAN- Netze wie beispielweise in Pforzheim oder Heubach. Diese gehen Hand in Hand mit dem dringend notwendigen Ausbau der Breitbandversorgung, den wir in die Koalitionsvereinbarung im Bund eingebracht haben um endlich allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu schnellem Internet zu ermöglichen.
- Wir sorgen dafür, dass Armut nachhaltig bekämpft wird. Mit dem flächendeckenden Mindestlohn, den die SPD im Koalitionsvertrag durchgesetzt hat, reduzieren wir die Zahl der „Aufstocker“ und entlasten somit auch die kommunalen Haushalte. Wir setzen uns bundesweit dafür ein, dass Leiharbeit zeitlich begrenzt wird und BRs bei Werkverträgen mehr Rechte bekommen. Mit dem Tariftrueugesetz können Kommunen selbst mit gutem Beispiel für gute Arbeit vorangehen. Städten mit verstärkter Zuwanderung wollen wir durch einen besseren Zugang zu Fördermöglichkeiten neue Handlungsspielräume eröffnen.

Wir sind die Partei für Familie

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schaffen Zusammenhalt. Ob Jung oder Alt, zugezogen oder alteingesessen, homo oder hetero: Familie ist der Ort, an dem man füreinander sorgt und unsere Städte und Gemeinden sind für alle da. Aber das kommt nicht von selbst:

- Wir unterstützen die Alltagsgestaltung von Familien, indem wir den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagsangeboten konsequent weiter betreiben. Unser Ziel bleibt weiterhin die Gebührenfreiheit für Bildung und Betreuung. Bis dahin fordern wir die Staffelung nach Einkommen bis hin zur Gebührenfreiheit. Die Belange von Alleinerziehenden nehmen wir stärker in den Blick. Dabei setzen wir uns gleichzeitig auf allen Ebenen politisch dafür ein, dass Frauen und Männer ihr Arbeitszeitbudget im Blick auf wechselnde Familienphasen flexibel gestalten können.
- Wir sorgen dafür, dass das Miteinander von Jung und Alt gelingt. Dafür haben wir im Koalitionsvertrag unseres Landes verankert, dass wir das Konzept der Mehrgenerationenhäuser weiterentwickeln und unterstützen. Mit der Pflegereform werden wir dafür sorgen, dass Pflegebedürftige eine kommunale Infrastruktur zur Verfügung gestellt bekommen, die es ihnen ermöglicht, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Mit unserem Wohn-Teilhabe und Pflegegesetz sorgen wir im Land dafür, dass ein Leben im gewohnten Umfeld so lange wie möglich machbar ist und neue Formen des Zusammenlebens auch im Alter unterstützt werden. So sind in Zukunft Wohngemeinschaften im Alter möglich, bei Pflegebedürftigkeit gibt es Alternativen zum klassischen Heim. Nachbarschaftshilfen und Selbsthilfe-Arbeit unterstützen wir gezielt.
- Wir sorgen dafür, dass unsere Städte lebenswerte Räume sind und Wohnen bezahlbar bleibt. Wir fordern dafür Quoten für geförderten Wohnraum. Dafür haben wir in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene eine Mietpreisbremse sowie -nach Jahren der Kürzung durch Schwarz- Gelb- eine neue Mittel für die Städtebauförderung von 700 Millionen Euro jährlich durchgesetzt. Unser SPD- Programm „Soziale Stadt“ wird die soziale Integration stärken. Eine wichtige Voraussetzung für bezahlbares Wohnen ist auch eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus: Bis Ende 2019 werden die Länder dazu jährlich über 500 Millionen Euro an Bundeszuschüssen erhalten.
- Wir sorgen dafür, dass der ländliche Raum als Lebensort erhalten bleibt. Durch den demographischen Wandel kommen viele tiefgreifende Änderungen auf den ländlichen Raum zu. Wir wollen die ärztliche Versorgung für alle Menschen sichern. Wir stehen für einen verlässlichen öffentlichen Nahverkehr. Wir

unterstützen Dorfläden, die Lebensmittelpunkte kleiner Orte sind und gerade für Senioren die Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs sicherstellen ohne lange Fahrwege in große Märkte an Stadträndern auf sich nehmen zu müssen. Wir wollen die regionale Landwirtschaft stärken: gerade regionale Lebensmittel können eine Marke für die Region werden und unterstützen die heimischen Lebensmittelerzeuger.

Durch die Stärkung der Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen unterstützen wir das örtliche Handwerk. Wir setzen uns dafür ein, die Spielräume des Vergaberechts offensiv zu nutzen, um die regionale Wirtschaft zu stärken.

Wir wollen, dass Familien auch im ländlichen Raum alle Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Ausbildung ihrer Kinder haben und deshalb gern hier ihre Heimat behalten oder finden.

- Wir sorgen dafür, dass die Leistungen der Grundversorgung allen Menschen zu erschwinglichen Preisen zugänglich sind. In Europa setzen wir uns gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung sowie gegen Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung bei der Daseinsvorsorge, etwa bei Strom und Wasser, ein. Mit einer Reform des Fördersystems im Erneuerbare-Energien-Gesetz werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Strom bezahlbar bleibt.
- Wir sorgen dafür, dass Integration über Pilotprojekte hinausgeht. Mit Mitteln der Landesregierung können erfolgreiche Integrationsprojekte vor Ort weiter fortgesetzt werden. Gerade die Kleinsten hat die Landesregierung dabei im Blick: Kinder mit Sprachschwierigkeiten können seit 2012 bereits vom ersten Kindergartenjahr an zusätzlich sprachlich gefördert werden.
- Wir sorgen dafür, dass die Menschen unabhängig von Herkunft und Religion hier Heimat finden. Dank des neuen Bestattungsrechtes sind uns unsere muslimischen Mitbürger auch über den Tod hinaus willkommen. So können sie jetzt auch in Baden-Württemberg nach muslimischen Riten bestattet werden und in der Nähe ihrer Angehörigen die letzte Ruhe finden.
- Wir sorgen dafür, dass die Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht alleine gelassen werden. Mit zusätzlichen Mitteln der Landesregierung können die Kommunen die Unterbringungsstandards bis 1. Januar 2016 verbessern. In den Gemeinschaftsunterkünften sollen insbesondere die Belange von Frauen, Familien und Kindern berücksichtigt werden und zumindest die Standards für die Unterbringung nach bestehender Rechtslage voll ausgeschöpft werden. Alle Flüchtlinge sollen während der vorläufigen Unterbringung Gelegenheit erhalten, Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu erlernen.

Wir sorgen für Bildungsgerechtigkeit

Bildung ist der Schlüssel für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg und gerechte Teilhabechancen aller Bürgerinnen und Bürger. Quantität, etwa beim Ausbau der Kleinkindbetreuung, und Qualität, von den Öffnungszeiten der Bildungseinrichtungen bis zur Qualifizierung unserer Fachkräfte, sind entscheidend. Aber das kommt nicht von selbst:

- Unsere Regierung investiert so viel wie keine Regierung vor uns in die Schaffung von Kitaplätzen. Mit dem „Pakt für Familien“ auf Landesebene und dem damit verbundenen qualitativen und quantitativen Ausbau der Kleinkindbetreuung übernimmt die Landesregierung einen wesentlichen Teil der Kita-Betriebskosten: 2012 wurde die Betriebskostenförderung um 315 Millionen Euro und 2013 um 325 Millionen Euro erhöht. Ab 2014 werden 68 Prozent der Betriebskosten durch das Land übernommen.
- Wir sorgen dafür, dass Schulen vor Ort erfolgreich sind. Durch eine Aufstockung der Mittel für die Krankheitsstellvertretung und unser besonderes Augenmerk für die Unterrichtsversorgung konnten wir den Unterrichtsausfall reduzieren und arbeiten weiter an einem verlässlichen Unterrichtsalltag. Weil Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen dürfen, sind alle Schulen eingeladen, sich an der Entwicklung guter Konzepte für mehr Bildungsgerechtigkeit zu beteiligen. Mit den Gemeinschaftsschulen sind bereits an vielen Orten wohnortnahe, sozial gerechte und moderne Bildungseinrichtungen mit Ganztagsangebot entstanden, in denen Schülerinnen und Schüler nach ihren Fähigkeiten gefördert werden können. Auch beteiligt sich das Land erheblich an den Kosten der Schulsozialarbeit.

- Wir sorgen dafür, dass in den Kommunen Ganztagschulen als freiwilliges Angebot für Eltern und Kinder ausgebaut werden. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für mehr Chancengerechtigkeit durch bessere individuelle Förderung.
- Wir sorgen dafür, dass behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam lernen können und die gleichen Chancen auf eine optimale Bildung haben. Die Landesregierung wird eine Gesetzesänderung auf den Weg bringen, mit der Inklusion an allen Schularten ermöglicht wird. Wir setzen uns dafür ein, dass der öffentliche Raum barrierefrei ist. Auch der Bund soll sich beteiligen: Im Koalitionsvertrag haben wir eine umfangreiche Entlastung der Kommunen im Umfang von 5 Milliarden Euro jährlich im Bereich der Eingliederungshilfe durchgesetzt.

Wie wir das schaffen

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen echte Teilhabe. Wir setzen bei der Verwirklichung unserer Ziele auf Dialog, Mitwirkung und Mitverantwortung, das Engagement und die kritische Begleitung aller Mitbürgerinnen und Mitbürger.

- Wir sorgen dafür, dass die demokratischen Mitwirkungsrechte ausgeweitet werden. Mit dem Absenken des Wahlalters von 18 auf 16 Jahren durch die Landesregierung können Jugendliche erstmals bei Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben. Wer dauerhaft in einer Kommune lebt, soll mitentscheiden dürfen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger aus Nicht- EU-Staaten beim kommunalen Wahlrecht die gleichen Rechte erhalten wie jene aus Staaten der Europäischen Union.
- Wir sorgen dafür, dass es mit der Gleichberechtigung nach vorne geht. Für die Aufstellung unserer Listen zu den Kommunalwahlen haben wir uns eine gleich starke Besetzung mit Frauen und Männern zum Ziel gesetzt. Deshalb haben wir in unsere Satzung aufgenommen, dass beide Geschlechter abwechselnd auf unseren Listen kandidieren. Dadurch stellen wir eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik sicher. Außerdem werden wir auf kommunaler Ebene Gleichstellungsbeauftragte gesetzlich verankern.
- Wir sorgen dafür, dass die Hürden für Mitbestimmung abgebaut werden. Dafür wird die Landesregierung das Quorum bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden absenken. Auch bei Planungsprozessen werden die Bürgerinnen und Bürger in Baden- Württemberg künftig stärker beteiligt.
- Auch auf Landkreisebene sollen die Mitwirkungsrechte ausgeweitet werden. Bürgerinnen und Bürger sollen ihre Landräte direkt wählen können.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten denken über das Jetzt hinaus. Denn wir wissen, dass Lösungen für die Herausforderungen von heute auch morgen und übermorgen Bestand haben müssen. Aber das kommt nicht von selbst. **Und all dies können wir nicht allein schaffen. Wir suchen den Dialog mit allen, die unsere Ziele teilen und laden ein, gemeinsame Projekte auch gemeinsam zu verwirklichen.**

Antragsbereich K/ Antrag 2

Kennummer 3157

*Ortsverein Schramberg
(Kreisverband Rottweil)*

*Kreisverband Rottweil
Kreisverband Emmendingen*

Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger

Der SPD-Landesparteitag bittet die Landesregierung von Baden-Württemberg durch eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dauerhaft in Deutschland lebende Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Staaten (Drittstaaten) ein aktives und passives Wahlrecht bei kommunalen Wahlen erhalten und an kommunalen Abstimmungen teilnehmen können.

Antragsbereich K/ Antrag 6

Kennnummer 3163

Kreisverband Zollernalb

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

Öffentliche Vorberatung in Ausschüssen der Gemeinderäte und Kreistage

Die Gemeinde- und Landkreisordnung soll dahingehend geändert werden, dass die Vorberatungen in Ausschüssen der Gemeinderäte und Kreistage in der Regel öffentlich sind. Nichtöffentlich sollte nur verhandelt werden, wenn es das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner erfordern.

Antragsbereich K/ Antrag 8

Kennnummer 3165

*AsF Baden-Württemberg
(Parteivorstand)*

Empfänger:

*SPD-Gemeinderatsfraktionen
SPD-Kreistagsfraktionen*

Betreuungskosten für Vertreterinnen in allen kommunalen Ebenen während der Sitzungszeit

Die SPD-Kreistagsfraktionen und die kommunalen SPD-Fraktionen in Baden-Württemberg werden aufgefordert, in die entsprechenden Gremien folgenden Antrag einzubringen:

Der Landkreis bzw. die Kommune übernimmt auf Nachweis die während der Sitzungszeiten tatsächlich anfallenden Betreuungskosten für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige der Rätinnen und Räte.

Antragsbereich K/ Antrag 11

Kennnummer 3171

AG 60 plus Baden-Württemberg

Empfänger:

Landesvorstand

Demographiesensible Kommunalpolitik

Die SPD Baden-Württemberg bekennt sich zu einer demographiesensiblen Landes- und Kommunalpolitik. Anstatt die Bedürfnisse einzelner Gruppen – Kinder, Jugendliche, Behinderte, Ältere, usw. – isoliert voneinander und im engen Korsett formaler Vorgaben zu betrachten - die Kinderbeauftragte kümmert sich um die Kinderverträglichkeitsprüfung, der Seniorenbeauftragte kümmert sich um die Seniorenverträglichkeitsprüfung - zeichnet sich sozialdemokratische Politik durch Zusammendenken der unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen aus. Die frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse trägt zu einer kreativen und nachhaltigen Entwicklung der Gemeinden bei.

Antragsbereich K/ **Antrag 12**

Kennnummer 3177

SGK Baden-Württemberg

Empfänger:

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

SPD-Mitglieder der Landesregierung

SPD-Parteivorstand

Kommunalwirtschaft stärken! Energieversorgung als Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge

1. Der SPD Landesparteitag bekräftigt die Verantwortung der Kommunen für die Aufgaben der leitungsgebundenen Energieversorgung (Strom, Gas, Wasser, Fernwärme) innerhalb ihres Gemeindegebietes. Sie sieht diese als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Dabei ist es der Entscheidung der Kommune überlassen, ob sie diese Aufgabe in eigener Verantwortung und Durchführung übernimmt, ob sie sich mit anderen Kommunen zusammenschließt oder ob sie die Durchführung dieser Aufgaben in Form einer Konzession einem Dritten überlässt. Für die Überlassung von Rechten und Wegenutzung ist eine wirtschaftlich angemessene Konzessionsabgabe vom Versorger zu entrichten.

2. Der SPD Landesparteitag fordert die Bundes- und Landesregierung sowie die jeweiligen Fraktionen dazu auf, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten schnellst möglichst eine gesetzliche Novellierung des KAV (Konzessionsabgabenverordnung) zum Schutz der Gemeinden und ihrer Aufgaben im Rahmen der Kommunalen Daseinsvorsorge in die Wege zu leiten.

Innen und Recht

Antragsbereich IR/ Antrag 1

Kennnummer 3182

Landesvorstand

Politische Teilhabe von Migrantinnen und Migranten stärken - Ein Landesbündnis für Einbürgerung schaffen.

Resolution des Landesparteitags der SPD Baden-Württemberg

1. In Baden-Württemberg leben weit über eine Million Migrantinnen und Migranten mit ausländischem Pass. Ihnen ist die volle politische Partizipation im Land verwehrt, obwohl viele von ihnen die Möglichkeit zur Einbürgerung hätten. Die SPD Baden-Württemberg will, dass dieser große Teil der Migrantinnen und Migranten, die zumeist gut integriert mitten in unserer Gesellschaft leben, über seine politische Geschicke voll mitbestimmen kann.

2. Der Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg begrüßt deshalb ausdrücklich die vom Ministerium für Integration seit 2011 eingeführten Einbürgerungserleichterungen und die von der Landesregierung im Herbst 2013 gestartete Einbürgerungskampagne. Dieser Weg muss weiter beschritten werden, um vorhandene Einbürgerungspotenziale noch besser als bisher auszuschöpfen.

3. Der Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Zahl der Einbürgerungen in Baden-Württemberg zu erhöhen. Hierzu kann insbesondere die direkte Ansprache potenzieller Einbürgerungsbewerberinnen und -bewerber gehören, wie sie in einzelnen Kommunen bereits erfolgreich praktiziert wird. Hierzu kann aber auch die Einrichtung bzw. der Ausbau von Plattformen gehören, mit Hilfe derer sich zum Beispiel Einbürgerungsinteressierte und ehrenamtliche Helfer besser informieren, begegnen und vernetzen können.

4. Der Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg ist unbeschadet der schwarz-roten Koalitionsvereinbarung im Bund der Auffassung, dass eine nachhaltige Steigerung der Einbürgerungszahlen erst dann erreicht sein wird, wenn das überkommene Dogma der „Vermeidung von Mehrstaatigkeit“ aufgegeben wird. Er fordert die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion deshalb auf, diese Position bei einer künftigen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Sinne von Weltoffenheit und Zukunftsorientierung engagiert zu vertreten.

Antragsbereich IR/ Antrag 2

Kennnummer 3159

*Ortsverein Mannheim-Innenstadt
(Kreisverband Mannheim)*

*Empfänger:
SPD-Bundestagsfraktion*

Humane Flüchtlingspolitik

Die SPD wird sich in Baden-Württemberg und im Bund für eine humanere Flüchtlingspolitik einsetzen. Dies umfasst insbesondere folgende Punkte

1. Die stichtagsfreie Bleiberechtsregelung wird unverzüglich umgesetzt.
2. Der Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge erfolgt uneingeschränkt nach 3 Monaten. Die Vorrangprüfung entfällt.
3. Ansprüche der Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden zukünftig in das normale System des SGB II und SGB XII integriert.

4. Die Kosten für die Krankenversicherung werden über Steuern finanziert.

5. Das Dublin-III-System wird mit dem Ziel reformiert, ein gerechtes System der Verantwortungsverteilung für die Flüchtlingsaufnahme in Europa zu vereinbaren.

6. Asylverfahren werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge grundsätzlich innerhalb von sechs Monaten auf qualitativ hohem Niveau abschließend bearbeitet. Das Bundesamt und seine Außenstellen werden personell entsprechend ausgestattet.

*Antragsbereich IR/ **Antrag 3***

Kennummer 3161

*Ortsverein Stuttgart-West
(Kreisverband Stuttgart)*

ASJ Baden-Württemberg

*Empfänger:
Landesvorstand
SPD-Parteivorstand*

Reform des Urhebervertragsrechts

Der SPD-Landesparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die folgenden konkreten Änderungen des Urhebervertragsrechts einzusetzen:

Das in den §§ 36, 36a des Urheberrechtsgesetzes vorgesehene Schlichtungsverfahren über gemeinsame Vergütungsregeln von Vereinigungen von Urhebern und Vereinigungen von Werknutzern oder einzelnen Werknutzern/Verwertern soll so umgestaltet werden, dass es in angemessener Zeit zu einem für beide Seiten bindenden Ergebnis führen kann. Dazu soll eine ständige staatliche Schiedsstelle mit einem Letztentscheidungsrecht eingerichtet werden, die ähnlich wie die Schiedsstelle nach § 14 des Urheberrechtswahrnehmungsgesetzes gestaltet und finanziert werden soll, um die tatsächliche Durchführung von Verhandlungen zu fördern. Überdies soll das reine Selbstregulierungskonzept des §36 UrhG in ein Konzept der „regulierten Selbstregulierung“ umgewandelt werden. Dies erfordert, dass sowohl Vereinigungen von Urhebern nach § 36 UrhG, als auch Vereinigungen von Werknutzern/Verwertern voneiner staatlichen Regulierungsinstanz anhand abstrakter Kriterien verbindlich registriert werden müssen.

Darüber hinaus sollen die Inhaber von Nutzungsrechten gegenüber den mit ihnen vertraglich direkt verbundenen Urhebern bzw. Leistungsschutzberechtigten regelmäßig zur Auskunft über den Umfang der Werknutzung verpflichtet werden: Eine Auskunft ist auf entsprechendes Verlangen hin mindestens jährlich zu erteilen.

Vereinigungen von Urhebern soll es schließlich ermöglicht werden, die Ansprüche ihrer Mitglieder auf die Einwilligung zur Vertragsänderung nach §§ 32, 32a des Urheberrechtsgesetzes sowie auf eine angemessene Vergütung nach § 32c des Urheberrechtsgesetzes gerichtlich einzuklagen (ob im Wege der Prozessstandschaft oder über ein echtes Verbandsklagerecht).

Bildung

Antragsbereich B/ Antrag 2

Kennnummer 3175

AGS Baden-Württemberg

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

SPD-Mitglieder der Landesregierung

Bildung und Ausbildung im grenzüberschreitenden Bereich

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in weit stärkerem Maße um die Förderung der Voraussetzungen für einen Austausch von Mitarbeitern und Auszubildenden im grenznahen Bereich Baden-Württembergs, insbesondere mit den unmittelbar angrenzenden Départements zu bemühen. Hier ist insbesondere – neben der engeren Verzahnung der für die Arbeitsvermittlung zuständigen Behörden folgendes erforderlich:

- offensive Förderung der Spracherziehung im Französischen über den Grundschulbereich hinaus
- intensivierte Vermittlung von Kenntnissen über soziale und kulturelle Besonderheiten des Nachbarlandes Frankreich, insbesondere auch der unterschiedlichen historischen Entwicklungen
- Austausch von Schülern und Auszubildenden über die Grenzen in der Unterrichts- und Ausbildungsphase als Pflichtveranstaltungen in Schule und während der beruflichen Ausbildung
- gemeinsame Informationsveranstaltungen der Vermittlungsbehörden

Einbeziehung der links und rechts des Rheinufer bestehenden Kammern, Wirtschaftsverbänden und Sozialpartnern.

Arbeit und Soziales

Antragsbereich AS/ Antrag 2

Kennnummer 3168

Ortsverein Herrenberg

(Kreisverband Böblingen)

Sozialrechtlicher Mindestbedarf für Bezieher von ALG II und Sozialhilfe sichern

1. Wir fordern die SPD-Fraktion und die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass die im SGB II und SGB XII genannten Träger der „Kosten der Unterkunft“ die regional zu ermittelnden Bedarfe für Unterkunft und Heizung auf Basis der Rechtssprechung des Bundessozialgerichts ermitteln.
2. Die Träger der „Kosten der Unterkunft“ nach SGB II und SGB XII sind verpflichtet, ihre Überprüfungsergebnisse nach § 22 (2) SGB II den entsprechenden demokratischen Gremien (Kreistag / Gemeinderat) vorzulegen.-----

Antragsbereich AS/ Antrag 3

Kennnummer 3170

AsF Baden-Württemberg

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

SPD-Mitglieder der Landesregierung

Wohnortwahl nach Aufenthalt im Frauenhaus

Die SPD Landtagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, sich auf Landes- wie auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus auch als Transferleistungsempfängerinnen ihren Wohnort frei wählen können und die hierfür üblichen Leistungen erhalten. Die SPD Fraktion unterstützt die Landesregierung in ihrem Bemühen um eine zweijährige Kostenerstattungspflicht der Herkunftsgemeinde für alle Leistungen, die im Zuständigkeitsbereich des aufnehmenden Grundsicherungsträgers anfallen (analog der früheren BSHG Regelung).

Mitglieder der Antragskommission

Behnke, Elfriede	Kliche-Behnke, Dorothea	Sagasser, Tanja
Bender, Julian	Lange, Christian	Schäfstoß, Nicolas Christoph
Binding, Lothar	Majer, Thorsten	Soeder, Christian
Boos, Luisa	Müller, Monika	Sorg, Anette
Chianta, Lillo	Munzinger, Hannes	Spörkel, Ralf
Drakul, Petar	Pankonin, Marlen	Vesper, Fabienne
Elser, Sonja	Repasi, René	Wahl, Florian
Gremmelspacher, Judith	Rolland, Gabi	Weber, Jonas
Harsch, Daniela	Rosemann, Martin	Weckenmann, Ruth
Kempf, Jana	Roth, Jeannette	Weigle, Sebastian

Martin Rosemann	Vorsitzender
Elfriede Behnke	stv. Vorsitzende
René Repasi	stv. Vorsitzender

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de

Texterfassung- und Gestaltung:

Joachim Thomas

Druck

Eigendruck